

UK und Kanada sanktionieren zwei rechtsradikale israelische Minister

Die UK, Kanada und westliche Verbündete haben Sanktionen gegen zwei israelische Minister verhängt, die für Gewaltaufrufe gegen Palästinenser verantwortlich sind. Die Maßnahmen beinhalten Reiseverbote und Vermögenssperren.



Das Vereinigte Königreich und andere westliche Verbündete haben Sanktionen gegen zwei hardliner Minister der israelischen Regierung verhängt. Diese Maßnahme erfolgt aufgrund der „wiederholten Aufstachelung zur Gewalt gegen palästinensische Gemeinschaften“ im Westjordanland, wie das britische Außenministerium am Dienstag bekanntgab.

Details zu den Sanktionen

Die Sanktionen betreffen Minister Itamar Ben Gvir für nationale

Sicherheit und Finanzminister Bezalel Smotrich. Beide Männer erhalten ein Reiseverbot und eine Vermögenssperre im Vereinigten Königreich, teilte die Regierung mit.

Politischer Hintergrund

Ben Gvir und Smotrich leiten rechtsgerichtete politische Parteien, die Premierminister Benjamin Netanjahus fragile Koalitionsregierung stützen. Beide sind aufgrund ihrer provokanten Äußerungen über das besetzte Westjordanland und ihrer Positionen im Konflikt in Gaza stark in der Kritik.

Gemeinsame Erklärung der westlichen Verbündeten

Die Sanktionen werden gemeinsam von Großbritannien, Australien, Kanada, Neuseeland und Norwegen umgesetzt, wie eine gemeinsame Erklärung der Außenminister der Länder besagt. In dieser Erklärung heißt es: „Wir sind fest entschlossen, eine Zwei-Staaten-Lösung zu verfolgen, die die Sicherheit und Würde für Israelis und Palästinenser garantiert und langfristige Stabilität in der Region gewährleistet. Doch diese ist durch extremistische Siedlergewalt und die Ausweitung von Siedlungen gefährdet.“

Kritik an extremistischem Verhalten

Die Erklärung führt weiter aus: „Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich haben extremistische Gewalt und schwere Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser angestiftet. Extremistische Rhetorik, die die erzwungene Vertreibung von Palästinensern und die Schaffung neuer israelischer Siedlungen propagiert, ist entsetzlich und gefährlich.“ Die Erklärung verdeutlicht, dass das Thema intensiv mit der israelischen Regierung thematisiert wurde, jedoch die Gewalttäter weiterhin ermutigt und straffrei agieren.

Zusammenhang mit der humanitären Krise in Gaza

Obwohl die Sanktionen sich auf das Westjordanland beziehen, fügte die Erklärung der westlichen Verbündeten hinzu, dass „dies natürlich nicht isoliert von der Katastrophe in Gaza betrachtet werden kann. Wir sind weiterhin erschüttert über das immense Leid der Zivilbevölkerung, einschließlich der Verweigerung von dringend benötigter Hilfe.“

Reaktionen der betroffenen Minister

Smotrich und Ben Gvir leben in Siedlungen im Westjordanland, die Palästinenser und die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft als Teil eines zukünftigen palästinensischen Staates betrachten. Ben Gvir, der Anführer der Partei Jüdische Macht, reagierte am Dienstag auf die Sanktionen und erklärte: „Die Sanktionen machen mir keine Angst. Ich werde weiterhin für unser Land und unser Volk handeln und sicherstellen, dass humanitäre Hilfe nicht an Hamas gelangt.“

Smotrich sagte am Dienstag: „Ich habe gehört, dass Großbritannien beschlossen hat, Sanktionen gegen mich zu verhängen, weil ich die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will.“ Er fügte hinzu: „Großbritannien hat bereits einmal versucht, uns davon abzuhalten, die Wiege unserer Heimat zu besiedeln, und wir werden es nicht zulassen, dass dies erneut passiert. Mit Gottes Hilfe sind wir entschlossen, weiter zu bauen.“

Dies ist eine sich entwickelnde Geschichte und wird aktualisiert.

Zu diesem Bericht trugen Rob Picheta, Sharon Braithwaite und Abbas Al Lawati von CNN bei.

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at